

»ABGEORDNETENWATCH.DE« – MITTLER ZWISCHEN BÜRGERN UND ABGEORDNETEN?

Die Nutzung neuer Kommunikationsmedien zur politischen Partizipation – E-Partizipation genannt – wird in erster Linie mit Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger (bottom up) oder der staatlichen Akteure (top down) verbunden. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass gerade zivilgesellschaftliche Akteure mit dem Internet ein machtvolleres Mittel der Partizipation erhalten. Sie können damit zum einen ihre Beziehungen zu Politik oder Bürgern stärken, zum anderen können sie als Mittler auftreten und die Beziehungen zwischen Bürgern und Politik beeinflussen. Das Projekt »abgeordnetenwatch.de« nimmt eine solche Mittlerrolle ein. Wie der Name andeutet, rückt diese Onlineplattform die Volksvertreter im Bundestag (sowie einzelner Landtage und des Europäischen Parlaments) in den Fokus der Aufmerksamkeit und stellt Informationen über sie und ihre Aktivitäten im Parlament bereit.

Insbesondere die Kommunikationsfunktion der Plattform findet ein starkes Interesse: Sie ermöglicht es allen Interessierten, Fragen an die Abgeordneten zu stellen und mit einer gewissen Berechtigung auf Antwort zu hoffen. Seit dem Start des Projekts im Dezember 2006 wurden den 612 Bundestagsabgeordneten fast 25.000 Fragen gestellt, von denen gut 83 % beantwortet wurden (Stand: 31.10.2008).

Die Besonderheit der Plattform liegt darin, dass nicht allein Fragen weitergeleitet werden, sondern dass die gesamte Frage-Antwort-Kommunikation öffentlich dokumentiert wird. Jeder Internetnutzer kann auf der Plattform sehen, welchen Abgeordneten welche Fragen gestellt und ob, wie und wann diese beantwortet wurden. Durch diese Transparenz schafft die Plattform einen gewissen Erwartungsdruck auf die Abgeordneten. Die Plattform tritt weiterhin als aktiver Mittler auf, insofern sie alle Fragen einer redaktionellen Prüfung unterzieht und nur bei Einhaltung bestimmter Anforderungen tatsächlich an die Abgeordneten weiterleitet.

Mit der Kombination von Informationsangebot und Dialogmöglichkeiten und mit dem Fokus auf das Parlament stellt die Plattform eine grundlegende Innovation auf dem Gebiet der E-Partizipation dar und nimmt bis heute eine einzigartige Stellung im Feld entsprechender Angebote ein. Die Neuheit des

Konzepts spiegelt sich in einer großen Bandbreite von Einschätzungen wider, die der Plattform entgegengebracht werden. Während die Betreiber ihr Angebot als »virtuelles Wählergedächtnis« darstellen und die Kontrollfunktion betonen (auch mit der Konnotation eines Wachhundes – *watchdog*), reichen die Darstellungen in der Presse vom »gläsernen Abgeordneten« über die »digitale Sprechstunde« bis zur Betonung der Nähe zwischen Bürgern und Politikern, die durch die Plattform geschaffen werde (Allgemeine Zeitung Mainz vom 17.4.2007, Zeit Online vom 8.12.2006, Badische Zeitung vom 21.8.2007).

Doch welche Vorstellung von E-Partizipation steht hinter der zivilgesellschaftlichen Initiative »abgeordnetenwatch.de«? Wie wird sie technisch und organisatorisch umgesetzt? Und welche Nutzungspraktiken entstehen bei dieser neuen Form der politischen Kommunikation sowohl aufseiten der Bürgerinnen und Bürger als auch aufseiten der Abgeordneten? Um eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen, beauftragte das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag im Frühjahr 2008 ein wissenschaftliches Gutachten zu Hintergrund, Einordnung, Nutzung und Perspektiven des Angebots von »abgeordnetenwatch.de«.

Das Gutachten basiert auf einem Leitfadeninterview mit einem der Initia-

toren und zugleich heutigen Koordinator von »abgeordnetenwatch.de«. Außerdem wurden quantitative Analysen der bei »abgeordnetenwatch.de« automatisch erzeugten Kommunikationsdaten in Bezug auf die Aktivitäten unterschiedlicher Nutzer (Fragesteller, Leser, Abgeordnete) durchgeführt. Eine Inhaltsanalyse ausgewählter Frage-Antwort-Paare zur Ermittlung der Interaktionsqualität vervollständigte die empirischen Analysen. Die als explorative Sachstandsanalyse angelegte Studie berücksichtigte nicht die Sicht der Abgeordneten und analysierte auch nicht weitergehende Fragestellungen, etwa nach der Rolle von Öffentlichkeit in der Bürger-Abgeordneten-Kommunikation oder nach möglichen Veränderungen der Arbeit von Abgeordneten durch Internetplattformen wie »abgeordnetenwatch.de«. Die folgenden Abschnitte fassen die wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens zusammen.

ENTSTEHUNGSGESCHICHTE UND AKTUELLE ORGANISATIONSSTRUKTUR

Das Projekt »abgeordnetenwatch.de« geht auf eine Initiative des Vereins »Mehr Demokratie e.V.« im Umfeld der Bürgerrechtsbewegung für ein neues Wahlrecht in Hamburg im Jahr 2004 zurück. Gefordert wurde im Rahmen einer Volksinitiative ein stärker personalisiertes Wahlrecht, welches Bürgern mehr Einfluss bei der Wahl von Direktkandidaten durch kumulieren und parraschieren bietet.

Anlass für die Entwicklung der Plattform war aus Sicht der Betreiber ein Mangel an öffentlich verfügbaren Informationen über das Meinungsprofil und die Arbeit einzelner Abgeordneter und Kandidaten. Interessanterweise stand zunächst allein die Stärkung der Transparenz im Vordergrund. Die

Idee einer Dialogmöglichkeit, die heute den Kern des Angebots ausmacht, war nach Angaben der Betreiber nur eine Zusatzfunktion, die spontan aufgenommen wurde.

Nachdem sich das Konzept auf Landesebene sowie – unter dem Namen »kandidatenwatch.de« – in verschiedenen Wahlkämpfen (darunter dem Bundestagswahlkampf 2005) bewährt hatte, übertrugen die Organisatoren das Konzept auf die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Die anfänglich ehrenamtliche Initiative zur Gründung von »abgeordnetenwatch.de« wurde mittlerweile in einen professionell arbeitenden Betrieb mit gemeinnützigem Charakter überführt, der Einnahmen hauptsächlich durch Fördermitglieder erhält und mit Startkapital eines Fonds zur Förderung sozialer und ökologischer Projekte unterstützt wird. Der nachhaltige Betrieb der Plattform scheint gleichwohl nicht gesichert, wie die vorläufige Einstellung des Angebots für die Hamburgische Bürgerschaft signalisiert (Hamburger Abendblatt vom 5.3.2008).

Heute wird die Plattform von zwei Organisationen betrieben. Der gemeinnützige Verein Parlamentwatch e.V. ist der Träger des Angebots. Bei ihm laufen die Spenden und Förderbeiträge zusammen. Für den Betrieb sorgt die Parlamentwatch GmbH, deren Angestellte die technischen Aufgaben und die Moderation der Plattform übernehmen. Auch kostenpflichtige Leistungen wie der Verkauf von Profilerweiterungen bei »kandidatenwatch.de« werden über die GmbH angeboten. Hinter dieser Organisationsstruktur steht (neben der Notwendigkeit der finanziellen Deckung des Betriebs) die Absicht, die Unabhängigkeit und Nichtkommerzialisierung des Projekts langfristig zu sichern. Die Bedeutung einer solchen langfristigen Absicherung geht zurück auf

eine der Grundintentionen der Plattform, ihren zeitgeschichtlichen Wert als »Wählergedächtnis«.

POLITISCHE EINORDNUNG DES ANGEBOTS

Dokumentations- und Dialogfunktion geben dem Bürger gewisse Möglichkeiten an die Hand, Einfluß auf die Abgeordneten zu nehmen. Entsprechend wichtig ist den Betreibern eine neutrale, überparteiliche Stellung als Moderator, der selbst transparent arbeitet. Diese paart sich allerdings mit einem Selbstverständnis als Bürgerrechtsaktivisten, die aus eigenem Antrieb die politische Kommunikation mitgestalten.

Ziel des Angebots ist die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürgern und Politikern. Dabei geht es vor allem um das Vertrauen ins parlamentarische System und den Abgeordneten als Repräsentanten der Bürger. Nicht die Parteien sollen die Arbeit des Abgeordneten kontrollieren (z.B. über die Vergabe von Listenplätzen), sondern die Wähler. Auf der Basis von Transparenz und Bürgerkontakt erhoffen sich die Initiatoren eine Steigerung des Interesses für den eigenen Abgeordneten und eine größere Begeisterung für die politische Partizipation insgesamt. Damit sollen die Voraussetzungen für ein stärker personalisiertes Wahlrecht geschaffen werden, für dessen Einführung sich die Betreiber einsetzen (s.o. zum Entstehungskontext).

Die Plattform legt dabei den Fokus explizit auf Personen, ohne aber eine Personalisierung der Politik fördern zu wollen. Im Zentrum von »abgeordnetenwatch.de« steht die Überzeugung, dass Programme und Ideen zwar wichtig sind für die Politik, deren Umsetzung aber letztlich an Personen hängt. Entsprechend wichtig sei es für die Bürger, das politische Personal zu kennen

und seine Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit einschätzen zu können – und zwar bis in die hinteren Plätze der Landeslisten und der Parlamentsbänke hinein. Das Angebot geht von einer Gleichheit zwischen allen Abgeordneten aus und will eine Ausrichtung auf einzelne, charismatische Vertreter verhindern, wie sie bei einer stärkeren Personalisierung der politischen Kommunikation befürchtet wird (Holtz-Bacha 2002; Schoen 2005).

Obwohl die Plattform ursprünglich aus einer Initiative zur Stärkung direktdemokratischer Elemente hervorgeht, wollen die Initiatoren nicht die Institution des Verhältniswahlrechts hinterfragen und stellen auch den Fraktionszwang eher als notwendiges Organisationsmittel denn als Problem dar. Die Plattform könne allerdings dabei helfen, eventuelle Konfliktlagen der Abgeordneten transparent zu machen und ihr Verhalten zu erklären. Außerdem erlaube sie den Bürgern, bereits zu einem frühen Zeitpunkt auf die Meinungsbildung in den Fraktionen einzuwirken.

»abgeordnetenwatch.de« lässt sich in eine Reihe von vergleichbaren Internetprojekten im internationalen Kontext einordnen (z.B. <http://www.vote-smart.org>, <http://www.writetothem.org>, <http://www.hearfromyourmp.com>, <http://www.theyworkforyou.org>). Im Unterschied zu diesen Projekten beschränkt sich »abgeordnetenwatch.de« nicht darauf, entweder nur die Arbeit der Abgeordneten zu dokumentieren oder eine Kommunikationsmöglichkeit anzubieten. Vielmehr werden beide Funktionen so kombiniert, dass sowohl die Arbeit der Abgeordneten als auch ihre Kommunikation mit den Bürgern transparent wird. Die Mittlerrolle von »abgeordnetenwatch.de« besteht nicht allein in der Bereitstellung von Technik, sondern auch in der Moderationsleistung für die Kommunikation zwischen Bürgern und Abgeordneten.

Damit stellt sich für dieses Projekt die Frage der Überparteilichkeit in besonderer Weise, was sich organisatorisch in der Schaffung entsprechender Vorkehrungen wie eines Moderationskodex und eines überparteilich besetzten Kuratoriums niedergeschlagen hat.

WER NUTZT DAS ANGEBOT?

Die Konzeption der Plattform und der Entstehungskontext geben Aufschluss über die Intentionen und die eigenen Ansprüche der Betreiber. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, wie das Angebot tatsächlich genutzt wird und ob sich bestimmte Nutzungspraktiken beobachten lassen?

Die Betreiber der Plattform führten im Sommer 2007 eine Onlinebefragung durch (n = 1.037 Teilnehmer), deren Daten für eine Sekundäranalyse zur Verfügung gestellt wurden. (Die Ergeb-

nisse sind allerdings nicht als repräsentativ zu werten, da es sich um eine selbstselektive Befragung über einen begrenzten Zeitraum handelt.) Daraus ergibt sich für die Soziodemografie der Nutzer ein aus der Forschung vertrautes Muster (Albrecht 2006, Ifib/Zentralog 2008), das zum Teil noch stärker ausgeprägt ist als bei anderen Angeboten der E-Partizipation:

- > Männer beteiligen sich mit 81 % deutlich stärker als Frauen.
- > Die Altersverteilung entspricht weitgehend derjenigen der deutschen Internetnutzer im entsprechenden Zeitraum (Oehmichen/Schröter 2007, S. 408). Allerdings sind Jugendliche deutlich unterrepräsentiert, junge Erwachsene (20 bis 29 Jahre) deutlich überrepräsentiert.
- > In Bezug auf den Bildungsstand dominieren Nutzer mit dem höchsten Bildungsabschluss (»Abitur« und »Hochschulabschluss«), wo-

hingegen Hauptschulabsolventen und Absolventen anderer weiterführender Schulen deutlich unterrepräsentiert sind.

- > Die befragten Nutzer artikulieren ein ausgeprägtes Interesse an politischen Informationen und Partizipationsmöglichkeiten, auch und besonders über das Internet.

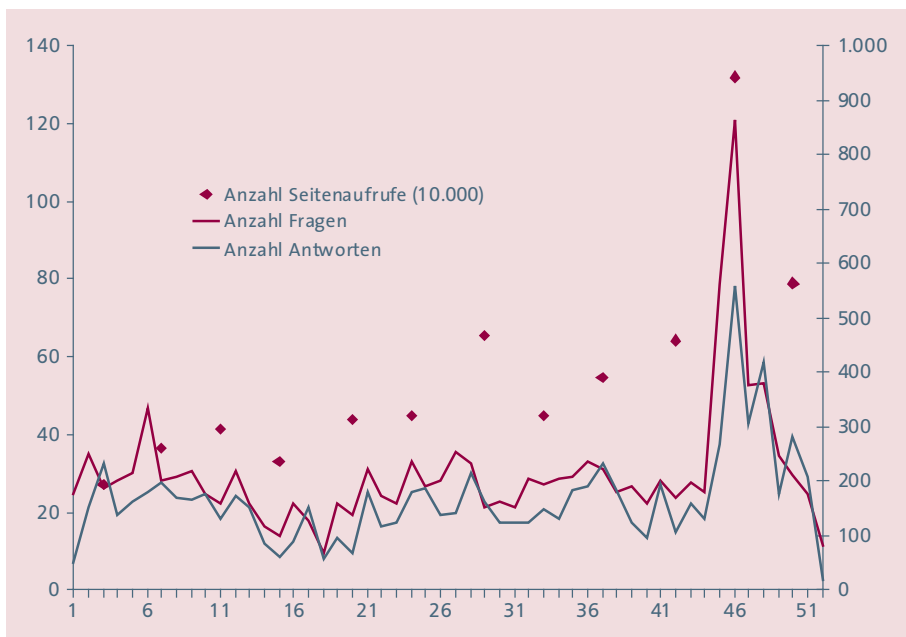
WIE WIRD DAS ANGEBOT GENUTZT?

Die Untersuchung der Aktivitäten auf der Plattform bezog sich auf das gesamte Jahr 2007 und alle auf der Plattform bzw. den Servern der Betreiber beobachtbaren Aktivitäten. Im Jahr 2007 wurden auf »abgeordnetenwatch.de« insgesamt 11.200 Fragen von 6.217 Bürgern veröffentlicht. Die meisten Fragen richteten sich an die SPD-Fraktion (42 %), gefolgt von der CDU/CSU (36 %), den Grünen (8 %) sowie der FDP und der Linkspartei (je 7 %).

Auf die Fragen der Bürger erfolgten insgesamt 8.646 Antworten vonseiten der Abgeordneten, das entspricht einer Antwortquote von 77 %. Nicht eingerechnet sind dabei sogenannte Standardantworten, das sind die stets gleichen Antworten, mit denen manche Abgeordnete mitteilen, dass sie nicht auf die über »abgeordnetenwatch.de« gestellten Fragen antworten. Davon zählten die Moderatoren insgesamt 976 (8 %). Auf 1.578 (14 %) der Fragen erfolgte keine Antwort.

Die Betrachtung im zeitlichen Verlauf (Abb. 1) zeigt eine verhältnismäßig gleichmäßige Aktivität, die – abgesehen von gewissen Schwankungen – durch wenige Ausschläge unterbrochen wird (z.B. zog ein Auftritt einer der Initiatoren von »abgeordnetenwatch.de« in der Sendung von Anne Will im November eine starke Frageaktivität nach sich). Im Vergleich dazu weisen die Seitenzugriffe eine deutli-

ABB. 1 ANZAHL DER SEITENAUFRUFE (SOG. PAGE IMPRESSIONS IN 10.000, SKALA AUF DER LINKEN Y-ACHSE) SOWIE ANZAHL DER VERÖFFENTLICHTEN FRAGEN UND ANTWORTEN (SKALA AUF DER RECHTEN Y-ACHSE) AUF »ABGEORDNETENWATCH.DE« IM ZEITLICHEN VERLAUF DES JAHRES 2007 (NACH KALENDERWOCHE).



Quelle: eigene Auswertung auf Basis der Daten von »abgeordnetenwatch.de«

che Steigerung im Verlauf des Jahres auf, die etwa einer Verdoppelung innerhalb von 6,5 Monaten entspricht. Auch hier zeigen sich entsprechende Ausschläge der Besucherzahlen infolge einzelner Ereignisse.

Interessant ist, dass die Zahl der Antworten der Abgeordneten im Zeitverlauf auffallend dicht der Zahl der Fragen folgt. Dieser Befund verdeutlicht das durchgehend hohe Maß an Antwortaktivität der Parlamentarier. Selbst in der Phase höchster Aktivität nach dem TV-Auftritt im November 2007, in der stellenweise mehr als 800 Fragen pro Woche gestellt wurden, bleibt die Antwortquote relativ konstant. Die Abgeordneten kamen dem verstärkten Interesse offenbar durch erhöhte Aktivität ihrerseits nach. Im Durchschnitt erhielt 2007 ein Abgeordneter 18 Fragen über »abgeordnetenwatch.de«, wobei sehr vielen Abgeordneten mit wenigen Fragen einige wenige Abgeordnete mit sehr vielen Fragen gegenüberstehen. Bis auf 68 Abgeordnete (11 %) haben alle Abgeordneten mindestens einmal eine Frage beantwortet.

Weiterhin gibt es Anhaltspunkte für die Annahme, dass die Fragesteller ihre Frage entgegen der ursprünglichen Intention der Betreiber eher seltener an den jeweiligen Wahlkreisrepräsentanten richten: Die Hälfte der Mehrfrager verteilt ihre Fragen auf Abgeordnete verschiedener Bundesländer und nur 10 % der inhaltsanalytisch untersuchten Fragen bezogen sich explizit auf Themen aus einem Wahlkreis.

QUALITÄT DER FRAGEN UND ANTWORTEN

Die Qualität der Interaktion zwischen Bürgern und Abgeordneten ist von besonderem Interesse vor dem Hintergrund des Anspruchs von »abgeordnetenwatch.de«, die Distanz zwischen Bürger und Politik überwinden zu hel-

fen, aber auch vor dem Hintergrund von wissenschaftlichen Forschungen, die in Informations- und Kommunikationstechniken eine Möglichkeit zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Parlament und Bevölkerung sehen (Coleman 2004). Zur Untersuchung der Interaktionsqualität wurden 100 zufällig ausgewählte Frage-Antwort-Paare inhaltsanalytisch untersucht.

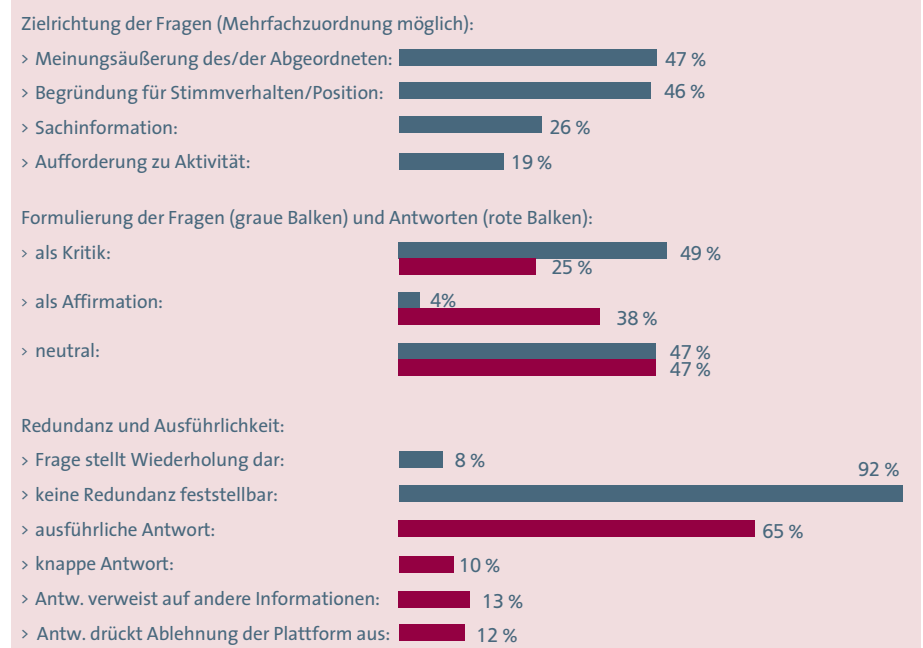
Die Analyse zeigt, dass die Zielrichtung der meisten Fragen darin besteht, etwas über die politische Positionierung des Abgeordneten zu erfahren (Abb. 2). Jeweils knapp die Hälfte der Fragen zielt auf eine Meinungsäußerung des Abgeordneten ab oder auf eine Begründung seines Stimmverhaltens bzw. seiner Position bei Entscheidungen. Fragen nach Sachinformationen oder Aufforderungen zu bestimmten Aktivitäten sind dagegen seltener zu beobachten (in 26 bzw. 19 % der Fälle).

Häufig sind die Fragen durch Kritik an der Arbeit eines Abgeordneten geprägt, wobei etwa die Hälfte der Fragen neutral formuliert ist. Fast immer wahren die Fragesteller die im schriftlichen Verkehr üblichen Höflichkeitsformen. Es konnte nicht tiefergehend analysiert werden, wie genau die Fragen zu den thematischen oder geografischen Kompetenzbereichen der Adressaten passen. Allerdings wurden in den Antworten der Abgeordneten so gut wie keine Hinweise darauf gefunden, dass unpassende Ansprechpartner mit Fragen bedacht wurden.

Die Abgeordneten antworten in aller Regel recht schnell – zwei Drittel der Fragen werden innerhalb von zwei Wochen erwidert –, und ihre Antworten sind ganz überwiegend gekennzeichnet durch Ausführlichkeit (nicht selten basierend auf Recherchen durch die Abgeordneten oder ihre Mitarbeiter), Höflichkeit

ABB. 2

AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER INHALTSANALYSE.
PROZENTUALE ANTEIL DER FRAGEN (GRAUE BALKEN) BZW.
ANTWORTEN (ROTE BALKEN) FÜR DIE JEWEILIGEN MERKMALE



Quelle: eigene Auswertung

und durch Verständnis für das Anliegen des Fragestellers.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Auswertung der Nutzung von »abgeordnetenwatch.de« legt die Einschätzung nahe, dass es den Betreibern gelungen ist, eine Plattform für den öffentlichen und direkten Dialog zwischen Bürgern und Abgeordneten zu etablieren. Neben den durch »abgeordnetenwatch.de« zusammengetragenen Informationen über die Abgeordneten (z.B. das Abstimmungsverhalten) entsteht durch die sukzessive Kumulation der Fragen und Antworten gewissermaßen als Nebenprodukt eine große Transparenz über die Meinungen der Volksvertreter.

Die Fragen der Bürgerinnen und Bürger werden vom ganz überwiegenden Teil der Abgeordneten beantwortet, in der Regel relativ ausführlich und schnell. Welche zusätzliche Arbeit dieser neue Kommunikationskanal für die Abgeordneten bedeutet, konnte in dieser Studie nicht ermessen werden. Bei durchschnittlich 18 Fragen im Jahr pro Abgeordneten ist jedoch anzunehmen, dass die Abgeordneten diese Arbeit im Regelfall gut leisten können. Diese Annahme wird auch durch die Beobachtung gerechtfertigt, dass die Zahl der Fragen im zeitlichen Verlauf grundlegend konstant bleibt und dass ein zeitweise höheres Frageaufkommen ohne zeitliche Verzögerungen abgearbeitet werden konnte.

Trotz – oder gerade wegen – der starken Nutzung der Plattform durch die Bürgerinnen und Bürger, des verhältnismäßig großen Medieninteresses und nicht zuletzt der überwiegend konstruktiven Aufnahme der Plattform durch die Ab-

geordneten bleibt eine Reihe von Fragen offen. Wenn die neuen Kommunikationsmedien neue politische Akteure mit Partizipationsangeboten auf den Plan rufen, wie sind diese neuen Mittler dann zu beurteilen? »abgeordnetenwatch.de« hat eine neue Öffentlichkeit für den Bundestag hergestellt, die den Anspruch verfolgt, die parlamentarische Demokratie zu stärken. Doch für ein Urteil darüber wäre es aufschlussreich, die unterschiedlichen Kontaktmöglichkeiten zwischen Bürgern und Abgeordneten (Sprechstunden, Anfragen, Petitionen etc.) unter Berücksichtigung der jeweils genutzten »Kanäle« (persönliches Gespräch, Telefon, Brief, E-Mail, öffentliches Onlineforum) im Vergleich zu betrachten.

Weiterer Klärungsbedarf besteht auch bei der Frage, ob durch die Fokussierung auf die Person der Abgeordneten nicht ein unangemessenes Verständnis von den Politikprozessen im Deutschen Bundestag vermittelt wird, das die Ebene der Fraktionen und der Ausschüsse ausblendet, die gewöhnlich für die Arbeit des Deutschen Bundestages als wichtiger eingeschätzt wird. Und obwohl »abgeordnetenwatch.de« gegenüber den Abgeordneten eine Hilfestellung bei der Anbahnung des direkten Bürgerkontakts leistet und darauf achtet, dass Spam, Massen Anfragen oder unsachliche und diffamierende Äußerungen herausgefiltert werden, muss momentan noch offen bleiben, wie diese »Dienstleistung« von den Abgeordneten selbst bewertet wird. Neben dem Dialog zwischen Bürgern und Abgeordneten verdiente daher auch der Dialog zwischen »abgeordnetenwatch.de« und den Mitgliedern des Bundestages eine stärkere Beachtung.

Steffen Albrecht
Matthias Trénel

KONTAKT

Steffen Albrecht
Zebralog e.V., Berlin
030/6162-1906
albrecht@zebralog.de

LITERATUR

Albrecht, S. (2006): Whose voice is heard in online deliberation? A study of participation and representation in political debates on the Internet. In: Information, Communication & Society 9(1), S. 62–82

Coleman, S. (2004): Connecting Parliament to the Public via the Internet: Two Case Studies of Online Consultations. In: Information, Communication & Society 7(1), S. 1–22

Holtz-Bacha, C. (2002): Massenmedien und Wahlen: Die Professionalisierung der Kampagnen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 15-16, S. 23–26

Ifib/Zebralog (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Bremen, http://www.ifib.de/dokumente/ifib-zebralog_e-partizipation.pdf, abgerufen am 14.8.2008

Oehmichen, E., Schröter, C. (2007): Zur typologischen Struktur medienübergreifender Nutzungsmuster. In: Media Perspektiven (8), S. 406–421

Schoen, H. (2005): Wahlkampfforschung. In: Falter, J.W., Schoen, H. (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden, S. 503–542